

Neuorientierung der Wirtschaftspolitik

■ STEPHAN SCHULMEISTER



Stephan Schulmeister war von 1972 bis 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO). Heute ist er selbständiger Wirtschaftsforscher und Universitätslektor. Er war Gastprofessor bzw. Visiting Scholar an mehreren internationalen Instituten, darunter an der New York University und der University of New Hampshire. Schulmeister übt in seinen zahlreichen Publikationen unter anderem eine dezidierte Kritik am Neoliberalismus.

In einem jahrzehntelangen Prozess haben die – früher – großen Parteien Grundwerte, Leitbilder und Identität verloren und damit auch die Orientierung im Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung. Denn all dies braucht es nicht, wenn „der Markt“ Politik ersetzt, indem „er“ die Entwicklung lenkt „mit unsichtbarer Hand“. Statt problemorientierter Debatten prägen „fake news“, emotionsgeladene Phrasen und die Schauspielkunst starker Männer die Politik.

Was die Menschen bedrückt

In dieser Lage kann sich die Politik nur dann wieder Selbstachtung und ein echtes – über den „Showcharakter“ hinausgehendes – Interesse der BürgerInnen erarbeiten, wenn sie sich auf die Diagnose und Therapie jener Probleme konzentriert, welche die Menschen am meisten bedrücken. Je intensiver darüber inhaltlich debattiert wird, desto mehr werden auch die Grundfragen gesellschaftlicher Entwicklung in den Fokus rücken wie „In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wer ist „wir“? Wie kann der Ausgleich zwischen individueller Entfaltung und sozialem Zusammenhalt?“

Nehmen wir Österreich als Beispiel: Welches sind die bedrückendsten Probleme und wie sollte eine neue Regierung diese zu mildern versuchen? Man kann all diese Probleme unter dem Oberbegriff „Verlust der Balance“ zwischen verschiedenen „Polen“ zusammenfassen: Zwischen Entfaltung als Individuum *und* Solidarität als soziales Wesen, zwischen technisch-rationalem Planen *und* anteilnehmend-emotionellem Handeln, zwischen Produzieren und Konsumieren mit der Natur und gegen sie. Ohne das Suchen nach einer solchen Balance kann „gutes Leben“ nicht gelingen, weder auf der individuellen noch gesellschaftlichen

Ebene. Wo ist der Verlust dieser Balance besonders markant ausgeprägt?

Gemessen an den Kindern

Erstens in der geradezu systematischen Verschärfung der unterschiedlichen Entfaltungschancen von Kindern. Denn die Unterschiede in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Bildung der „Elternhäuser“ haben in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Statt diese Unterschiede durch eine sozialstaatliche Bildungspolitik zu mildern, werden sie durch das Selektionskriterium der individuellen Leistung und die damit begründete Ausdifferenzierung im Bildungssystem verstärkt – von den Kindergärten bis zu den Universitäten.

Am meisten trifft dies jene Kinder, die mit den schlechtesten „Karten“ ins Leben treten, jene mit „Migrationshintergrund“ aller Art. Das beste Beispiel für die Verschärfung der Segregation sind die „Deutschförderklassen“. Sie stellen sicher, dass die „fremden“ Kinder nicht mit Deutsch sprechenden Kindern das Fundament der Kommunikation, eine gemeinsame Sprache, spielerisch und in sozialer Interaktion erlernen.

Eine andere wichtige Segregationsmaßnahme stellt die Spaltung des Bildungswegs nach der 4. Schulstufe dar: Der eine Weg führt zur Matura und zumeist dann auch auf eine Universität, der andere bestenfalls zum Facharbeiter. Außer in Deutschland gibt es eine so frühe Auslese nirgendwo, erst recht nicht in Ländern wie Finnland, deren Bildungssystem besonders leistungsstark ist (dort sucht man die Ursachen von unzureichenden Leistungen einer Klasse in einem Fach stärker beim Lehrer als bei den Schülern).

Zusätzlich wird die Ungleichheit dadurch verschärft, dass Kinder aus „bil-

dungsfernen“ Schichten besonders häufig private Nachhilfe brauchen, und gerade deren Eltern sich das nicht leisten können.

Ein moderner, die individuelle Leistungskraft *und* den sozialen Zusammenhalt fördernder „Sozialstaat Österreich“ sollte daher folgende Maßnahmen setzen:

- Verpflichtender und kostenloser Kindergarten ab dem 4. Lebensjahr (Teil des Regelschulsystems mit entsprechender Überprüfung der Standards).
- Ausbildung und Beschäftigung von KinderpädagogInnen und LehrerInnen mit Migrationshintergrund.
- Äußerliche Hindernisse für Integration von Kindern/SchülerInnen wie das Tragen des Kopftuchs nicht durch Verbote samt Strafandrohung eindämmen, sondern durch Gespräche.
- Nachmittagsbetreuung bis zur 9. Schulstufe, alle „Haus“aufgaben sind dort zu machen.
- Einführung der gemeinsamen Schule der 10- bis 15-Jährigen.

Neue Arbeitsplätze schaffen

Der zweite große Bereich, wo die „gesellschaftliche Balance“ (seit langem) verloren ging, betrifft das Erwerbsleben, nämlich die Segregation in Beschäftigte und Arbeitslose; quantitativ noch bedeutender ist die Segmentierung innerhalb der Beschäftigten in „normale“ und „atypische“ Jobs, sowie innerhalb letzterer die Aufsplitterung in verschiedene Formen (Teilzeit, „freie“ Dienstnehmer, etc.), bis „hinunter“ zu den „prekären“ Jobs.

Ziel einer integrativen Politik muss es sein, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, einerseits durch massive Investitionen in den Umweltschutz, insbesondere die Bekämpfung der Erderwärmung (öffentlicher Verkehr, thermische Gebäudesanierung als auf 15 Jahre angelegtes „Großprojekt“, etc.) und andererseits durch Bewältigung wichtiger Aufgaben im Sozialbereich (Pflege, Sozialarbeit, etc.), aber auch im Bildungswesen.

Atypische Beschäftigung sollte schrittweise auf jene – relative wenigen – Fälle beschränkt werden, in denen sie aus Gründen von Flexibilität und Effizienz nahezu

unverzichtbar ist oder in denen sie freiwillig erfolgt (Teilzeitarbeit).

„Echte“ Vollbeschäftigung wird allerdings nur dann erreichbar sein, wenn neue Arbeitszeitmodelle geschaffen werden, welche das Arbeitsstundenvolumen langfristig um 1–3% pro Jahr reduziert. Nur dann wird es uns möglich sein, sowohl die Früchte des technischen Fortschritts zu genießen (also die stetige Erhöhung der Stundenproduktivität, nicht zuletzt dank „Roboterisierung“) als auch den sozialen Zusammenhalt durch Vollbeschäftigung zu erreichen und zu bewahren.

Fossile Energie muss teurer werden

Der dritte Bereich, in dem die Balance seit langem verloren ging, betrifft das Verhältnis zwischen unseren Produktions- und Konsumformen und der natürlichen Umwelt. Das weitaus wichtigste und auch bedrohlichste Problemfeld stellt die Erderwärmung dar. Die vordringlichste Aufgabe besteht daher in einer radikalen und stetigen Reduktion der CO₂-Emissionen. Der wichtigste Anreiz dazu bestünde in der Sicherheit für alle Produzenten und Konsumenten, dass sich fossile Energieträger in Zukunft Jahr für Jahr überdurchschnittlich verteuern werden. Die Minimalanforderung ist jedenfalls, dass sie nie wieder billiger werden.

Leider können weder CO₂-Steuern noch der Handel mit Emissionsrechten dieses Ziel erreichen. Denn nicht zuletzt als Folge kurzfristiger Spekulation schwanken die Preise von Erdöl und anderer fossiler Energieträger, aber auch jene der CO₂-Zertifikate so stark, dass man nicht darauf vertrauen kann, dass die Verursachung von Emissionen immer teurer wird. Dieses Vertrauen ist aber die Voraussetzung für klimaschonende Investitionen.

Es müssten daher auf EU-Ebene Modelle entwickelt werden, welche einen überdurchschnittlichen Preispfad für fossile Energieträger festlegen. Die Differenz zum „EU-Preis“ und den jeweiligen Weltmarktpreis wäre durch eine flexible Steuer abzuschöpfen. Österreich könnte und sollte eine entsprechende Initiative ergreifen. ■

■ Ziel einer integrativen Politik muss es sein, Arbeitsplätze zu schaffen durch Investitionen in den Umweltschutz und durch Bewältigung wichtiger Aufgaben im Sozialbereich und Bildungswesen.